

Ulrich Ruh

Innerkirchlicher Protest – sinnlos oder notwendig?

◆ Kirchengeschichte ist Konfliktgeschichte, innerkirchliche Protestbewegungen hat es immer wieder gegeben, sie sind ein unvermeidlicher Bestandteil von (notwendigen) Veränderungsprozessen. Ulrich Ruh, Chefredakteur der Herder Korrespondenz, macht dies an historischen Beispielen deutlich und skizziert die vielfältigen Initiativen vergangener Jahrzehnte, die eine umfassende Reform der Kirche verlang(t)en, in ihrem Kontext. Die zahlreichen gegenwärtigen Protestbewegungen sind „Bestandteile der verschiedenen Phasen und Spielarten der Auseinandersetzung um die Umsetzung des Zweiten Vatikanums“, ihre Wurzeln sieht der Autor darin, dass das Konzil keine wirklich grundlegenden strukturellen Änderungen implementieren konnte. (Redaktion)

Kirchengeschichte war und ist immer auch Konfliktgeschichte. Das ist nicht schwer zu belegen: Man denke etwa an den Konflikt um die hochmittelalterlichen Armutsbewegungen und ihre kirchliche Integration, an den spätmittelalterlichen Streit um Konzil oder Papst als höchste kirchliche Autorität oder an die reformatorischen Bewegungen des 16. Jahrhunderts, die zur Spaltung der abendländischen Christenheit in verschiedene Konfessionen führten.

Auch der Typ von innerkirchlichen Protestbewegungen, von dem hier die Rede sein soll, hat seinen spezifischen historischen Ort. Er gehört nämlich in die Geschichte der katholischen Kirche seit dem 19. Jahrhundert, die gekennzeichnet ist einerseits durch eine Neuformierung von Kirche als Institution und von Katholizismus als Lebenswirklichkeit in Reaktion auf die sich immer stärker ausbreitende Moderne. Andererseits ist sie geprägt durch die Auseinandersetzungen um die Ablösung dieses Modells durch eine veränderte Art des Kirche- und Katholisch-

Seins. Diese Phase der Kirchengeschichte ist auch am Anfang des 21. Jahrhunderts noch nicht abgeschlossen.

Eine entscheidende Zäsur innerhalb dieser Entwicklung wird durch das Zweite Vatikanische Konzil markiert. Vor dem Konzil gab es innerhalb einer römisch-katholischen Kirche, die sich gedanklich wie strukturell als festes, geschlossenes Bollwerk angesichts vielfältiger ideologischer und lebenspraktischer Bedrohungen sah, etliche Bewegungen, denen es um eine „Schleifung der Bastionen“, eine Öffnung zu den „Anderen“ und gleichzeitig um ein neues Verhältnis zur eigenen Tradition zu tun war. Weder die Anfänge des katholischen Ökumenismus noch die Bemühungen um eine Überwindung der Neuscholastik waren allerdings öffentlichkeitswirksame Protestbewegungen. Vielmehr fanden sie sozusagen im Untergrund statt, bedroht immer von kirchenoffiziellen Verboten.

Das Konzil sorgte dann insofern für neue Bedingungen, als vieles von dem, was zuvor meist inkriminiertes Anliegen

einzelner Vordenker oder entsprechender Gruppen war, in die offiziellen Dokumente Einzug hielt. So öffnete sich die römisch-katholische Kirche der ökumenischen Bewegung und dem Gespräch mit den nicht-christlichen Religionen. Sie erkannte durch die Erklärung über die Religionsfreiheit das moderne Menschenrechtsethos an und setzte die Heilige Schrift als maßgebliche Quelle für den eigenen Glauben in neuer Weise ins Recht. In der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ erklärte sie sich mit den Errungenschaften der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Moderne grundsätzlich solidarisch und bekannte sich sogar dazu, von diesen manches lernen zu können.¹ An ihrem strukturellen Gefüge nahm sie durch das Zweite Vatikanum zwar gewisse Akzentverschiebungen (Aufwertung des Bischofskollegiums einesteils, der gläubigen Laien andernteils) vor, allerdings keine grundlegenden Änderungen.

Damit war der Streit um die Reichweite und die Konsequenzen der Grundoptionen des Zweiten Vatikanischen Konzils schon vorprogrammiert. Er wird seither unter den Stichworten *Tradition* und *Reform* in vielen Varianten ausgetragen. Die innerkirchlichen Protestbewegungen sind insofern ein typisch nachkonziliares Phänomen, sie sind Bestandteile der verschiedenen Phasen und Spielarten der Auseinandersetzungen um die Umsetzung des Zweiten Vatikanums.

In diesen Zusammenhang gehörte beziehungsweise gehört im Übrigen auch die Traditionalistenbewegung mit ihrer inzwischen verstorbenen Leitfigur Erzbischof Marcel Lefebvre: Sie ist eine Protestbewegung besonderer Art, insofern sie entscheidende Neuorientierungen des Konzils

(Ökumene, Religionsdialog, Religionsfreiheit, bischöfliche Kollegialität, Liturgiereform) unter Berufung auf eine angeblich unveränderliche Tradition der Kirche ablehnt. Organisiert in Form der seinerzeit von Erzbischof Lefebvre gegründeten „Pius-Bruderschaft“, hat sie ihren europäischen Schwerpunkt innerhalb bestimmter Milieus des französischen Katholizismus. Dieses Faktum verweist darauf, dass die kirchliche Entwicklung der Nachkonzilszeit in den europäischen Ländern recht unterschiedlich verlaufen ist, was wiederum mit ihrer jeweiligen kirchlich-konfessionellen Prägung und der entsprechenden Vorgeschichte zusammenhängt, durchaus aber auch mit den politischen Verhältnissen.

So konnten nachkonziliare Protestbewegungen nur in Ländern entstehen, in denen sich die Kirche insgesamt frei entfalten konnte, keinen politisch-ideologischen Beschränkungen im Rahmen ihres Wirkens ausgesetzt war. In jenem Teil Europas, der zur Zeit des Zweiten Vatikanischen Konzils und in den ersten Jahrzehnten danach unter kommunistischer Herrschaft stand, war nicht nur die Umsetzung des Konzils unter mehr oder weniger großen Schwierigkeiten möglich, sondern es fehlten dementsprechend auch die Ansatzpunkte für innerkirchliche Konflikte und damit auch für Protestbewegungen. Nach der Wende von 1989/90 wiederum hatte die Kirche in den postkommunistischen Ländern primär damit zu kämpfen, sich in den grundlegend veränderten politisch-kulturellen Verhältnissen zurechtzufinden und die neuen Möglichkeiten der öffentlichen Präsenz zu erproben – erneut keine günstigen Voraussetzungen für innerkirchliche Protestbewegungen.

¹ Nr. 44 von „Gaudium et spes“ ist ausdrücklich betitelt: „Die Hilfe, welche die Kirche von der heutigen Welt erfährt“.

Darüber hinaus spielten sich die innerkirchlichen Kontroversen der unmittelbaren Nachkonzilszeit im freien Europa in einem Umfeld ab, das von heftigen gesellschaftlichen Eruptionen geprägt war. Hierfür steht die Kurzformel „68er-Bewegung“. Es war die Zeit der Studentenproteste in Frankreich, Deutschland und Italien, die teilweise zu Zerreißproben für das politische System wurden. Bestimmte Mentalitäten, Stile und Aktionsformen des damaligen Protests wirkten sich, nicht zuletzt durch die Jugendverbände und die Hochschulgemeinden, auch im innerkirchlichen Bereich aus. Seinerzeit verbanden sich teilweise politische Forderungen nach mehr Partizipation oder Herrschaftsfreiheit zwanglos mit solchen nach innerkirchlicher Mitsprache, versuchte man, gesellschaftskritische Ansätze auch gegenüber dem kirchlichen System in Anschlag zu bringen. Allerdings wäre es kurzichtig, die kirchlichen Krisenerscheinungen der unmittelbaren Nachkonzilsjahre mit dem Einbruch der „68er-Ideologie“ in das kirchliche Gefüge und damit als Überfremdung des Glaubens erklären zu wollen, wie dies in manchen Diagnosen² versucht wird.

Nicht nur die politisch-ideologische, sondern auch die konfessionelle Konstellation wirkte sich bezüglich Art und Intensität des kirchlichen Protests nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil aus. Nicht besonders intensiv wurde der Streit um das Konzil und seine Umsetzung in Ländern des freien Europa ausgetragen, in denen die Katholiken deutlich in der Minderheit gegenüber anderen christlichen Kirchen

sind, also etwa in England. Offensichtlich hatte hier die Sorge um den Zusammenhalt der eigenen konfessionellen Gruppe Priorität. Ebenso wenig gab es deutlichere Auseinandersetzungen um das Konzil in einigen homogen katholischen Ländern, nicht zuletzt in Italien.

In Spanien und Portugal wiederum überlagerten sich die Fragen der Konzils-umsetzung mit den Problemen für die Kirche in der Spätphase autoritärer Regime.

Für den Gegentyp intensiver Konzilsrezeption mit entsprechenden Konflikten stehen Länder wie die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Prägung durch zwei etwa gleich große katholische und protestantische Flügel. Aber auch ein Land wie Frankreich, dessen insgesamt dominierender Katholizismus schon vor dem Konzil stark zwischen „linken“ wie „rechten“ Strömungen polarisiert war und unter den Bedingungen einer strikten Staat-Kirche-Trennung stand, steht für eine durchdringende Auseinandersetzung mit dem Konzil.

Auch das Stichwort „Synode“ darf in diesem Zusammenhang nicht fehlen: Es gab nach dem Zweiten Vatikanum in den Niederlanden und in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in Österreich und in der Schweiz landesweite Synoden beziehungsweise parallele Synoden in den einzelnen Bistümern (Schweiz; auch in Österreich). Den Anfang machte 1966 bis 1970 das niederländische „Pastoralkonzil“, das in der Folge auch über die eigenen Landesgrenzen hinaus für Furore sorgte. Insgesamt hatten die nationalen Synoden – unter

² Auf differenzierte Art und Weise behandelt Klaus Schatz die Frage, wenn er in seinem Blick auf die Nachkonzilszeit als einen Faktor die „Kulturrevolution“ Ende der sechziger Jahre erwähnt, in deren Sog zu einem guten Teil die Rezeption der konziliaren Impulse „in großen Teilen der jüngeren Generation, vor allem auch des jüngeren Klerus“ gestanden habe (Zwischen Säkularisation und Zweitem Vatikanum. Der Weg des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1986, 319).

Beteiligung der verschiedenen Gruppen innerhalb der Kirche (Bischöfe, Priester, Ordensleute, Laien) – zum Ziel, die Weichenstellungen des Zweiten Vatikanischen Konzils für die jeweilige Situation fruchtbar zu machen. Dabei kamen Verständnis und Rolle des kirchlichen Amtes ebenso zur Sprache wie die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Glaubensverkündigung und des gesellschaftlichen Zeugnisses, nicht zuletzt auch theologische und praktisch-pastorale Probleme der Ökumene.

Im Rahmen der nachkonziliaren Synoden wurde offen und kontrovers diskutiert sowie intensiv um gemeinsame Antworten auf die anstehenden Herausforderungen für die Kirche gerungen. Es wurden auch etliche respektable Ergebnistexte verabschiedet. Allerdings stieß man an Grenzen, wo gesamtkirchliche Aspekte berührt und entsprechende Voten von den römischen Instanzen, an die sie gerichtet waren, zurückgewiesen wurden. So trugen die Synoden wesentlich dazu bei, innerkirchliches Protestpotenzial im guten Sinn zu kanalisieren und konstruktiv zu verarbeiten. Sie konnten die Konfliktlagen jedoch nicht nachhaltig entschärfen, da diese letztlich mit ungelösten Struktur- und Autoritätsproblemen in der katholischen Kirche nach der Zäsur des Konzils zu tun haben. Auf diesem Hintergrund möchte ich die Frage nach Sinn und Grenzen des innerkirchlichen Protests am Beispiel der Niederlande einerseits und des deutschsprachigen Raums andererseits veranschaulichen, um daran einige knappe allgemeine Schlussfolgerungen anzuschließen.

1 Sinn und Grenzen des innerkirchlichen Protests

Im Mai 1985 besuchte Johannes Paul II. das einzige Mal in seiner langen Amts-

zeit die Niederlande. Damit verbunden waren ebenso Besuche in Belgien und Luxemburg. Kurz vor diesem Besuch gab es in Den Haag am 8. Mai eine Großveranstaltung mit dem programmatischen Titel „Das andere Gesicht der Kirche“, organisiert von der „Plattform Initiative Papstbesuch“, zu der sich etwa 80 Gruppen und Einrichtungen zusammengeschlossen hatten. Diese Veranstaltung wurde zur Geburtsstunde einer innerkirchlichen Protestbewegung, die sich den Namen „Achter-Mai-Bewegung“ gab.

Um diese Bewegung einordnen zu können, ist ein Blick in die vorausgegangenen Jahrzehnte der Entwicklung des niederländischen Katholizismus notwendig. Die katholische Kirche in den Niederlanden hatte sich in atemberaubendem Tempo verändert: Von einer in Frömmigkeit und Theologie sehr „römisch“ geprägten Kirche, die seit dem 19. Jahrhundert innerhalb der niederländischen Gesellschaft eine der großen „Säulen“ mit einem engmaschigen Netz von katholischen Vereinigungen aller Art bildete, war sie nach dem Konzil sehr schnell zu einem Experimentierfeld in Sachen Glaubensunterweisung, Gottesdienst, Amtspraxis, Ordensleben und Ökumene geworden. Man denke nur an den berühmt gewordenen „Niederländischen Katechismus“!

Das hatte wiederum zu erheblichen Spannungen mit Rom geführt, wo man einen zweiten „Abfall der Niederlande“ und ansteckende Wirkungen des niederländischen Großexperiments auf andere europäische Ortskirchen fürchtete. Papst und Kurie versuchten zunächst durch die Ernennung romtreuer Bischöfe gegenzusteuern, verschärften aber dadurch die Polarisierung weiter. Schließlich griff man zum ungewöhnlichen Mittel einer Sonderversammlung der Bischofssynode für die Niederlande, die Anfang 1980 im Vatikan

stattfand. Auf dieser Synode mussten sich die niederländischen Bischöfe in den umstrittenen Punkten dazu verpflichten, vermeintliche Missbräuche abzustellen und sich künftig an römische Vorgaben zu halten. Zum Thema Protestbewegungen ist im Ergebnisdokument der Sondersynode zu lesen: „Hinsichtlich der kritischen Gruppen stellt die Synode fest, daß diese zuweilen einen allzu starken Druck auf das Leben der Kirche ausüben, wobei nicht zu übersehen ist, daß sie auch Priester und Ordensleute mit einschließen.“³ Aber es heißt auch: „Die Bischöfe erkennen an, daß die Kritiken zum Teil begründet sind und zuweilen angemessene Wünsche und brauchbare Anregungen für die Seelsorge beinhalten.“⁴

Der Besuch Johannes Pauls II., der weit weniger Menschen mobilisierte als Papstbesuche in anderen europäischen Ländern und ein insgesamt zurückhaltend-kritisches Medienecho fand, brachte keine Befriedung der innerkirchlichen Auseinandersetzungen. Als Folge der „Achter-Mai-Bewegung“ entstand mit „Kontakt Römische Katholiken“ eine Art Gegenbewegung konservativer Katholiken, die jedoch auch nur begrenzten Zuspruch erfuhr. Langsam kam es zu einer Entspannung zwischen den Fronten, nicht zuletzt im Blick darauf, dass der niederländische Katholizismus insgesamt an Ausstrahlungskraft und gesellschaftlicher Präsenz eingebüßt hatte. Auch die Bischöfe bemühten sich durch Kontakte zu beiden Lagern um eine Entkrampfung der Konfliktlage.

Ende 2003 löste sich die „Achter-Mai-Bewegung“ auf eigenen Entschluss hin auf. Dem waren Diskussionen innerhalb der Bewegung über ihren Sinn und

Zweck vorausgegangen; Kritiker sprachen von „geistiger Inzucht“ und von der Frustration, immer zu den gleichen Leuten zu reden. Tatsächlich fehlten bei den jährlichen Treffen der „Achter-Mai-Bewegung“ immer mehr die jüngeren Teilnehmer; die Protestgeneration der bewegten Nachkonzilszeit kam zunehmend in die Jahre.

Der niederländische Katholizismus macht längst nicht mehr durch kreative Aufbrüche oder heftige innerkirchliche Konflikte Schlagzeilen. Die Katholiken bilden zwar nach wie vor die mit Abstand stärkste religiöse Gruppe in den Niederlanden; die Beteiligung am kirchlichen Leben ist allerdings weiter zurückgegangen. Gleichzeitig findet in der insgesamt sehr säkularen niederländischen Gesellschaft der Faktor Religion stärkere Beachtung und wird mehr diskutiert als früher, nicht zuletzt aufgrund des gestiegenen Gewichts der muslimischen Bevölkerungsgruppe. Daran wird deutlich: Innerkirchlicher Protest kann nie losgelöst vom gesamtgesellschaftlich-religiösen Umfeld betrachtet werden; er ist – so paradox das zunächst klingt – nie nur ein rein innerkirchliches Phänomen.

Den Reiz der Avantgarde hatte der niederländische Katholizismus der Nachkonzilszeit; Theologen wie Edward Schillebeeckx (auch er sprach bei der Veranstaltung „Das andere Gesicht der Kirche“ am 8. Mai 1985) trugen ebenso ihren Teil dazu bei wie geistliche Dichter – etwa Huub Oosterhuis. Gleichzeitig musste dieser für diese Avantgardefunktion aber auch einen hohen Preis zahlen, nicht zuletzt durch den radikalen Bruch mit der früheren Gestalt von Kirche und Katholizismus, der mit ihr einherging.

³ Abschlussdokument der Arbeiten der Sondersynode der niederländischen Bischöfe (31. Januar 1980), Nr. 34; vgl. http://www.vatican.va/holy_father/john_paul_ii/speeches/1980/january/index_ge.htm (Stand: 24.02.2012).

⁴ Ebd.

Einen vergleichbar tiefen Bruch erlebte die katholische Kirche im deutschen Sprachraum durch das Konzil nicht. In Deutschland gab es nicht zuletzt die lange Tradition eines relativ selbstständigen Laienkatholizismus. Sein Spitzenorgan, das „Zentralkomitee der deutschen Katholiken“, veränderte zwar seine Zusammensetzung nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil, war aber gleichzeitig ein Element der Kontinuität. Die vom Zentralkomitee in regelmäßigem Abstand veranstalteten „Deutschen Katholikentage“ erwiesen sich als flexibel genug, um den Veränderungen in der kirchlichen Großwetterlage ein Forum zu bieten. Dass man dabei allerdings an Grenzen stieß, zeigte der eine Zeit lang parallel veranstaltete „Katholikentag von unten“.

Die innerkirchliche Protestwelle als Reaktion auf die Veröffentlichung der Enzyklika „*Humanae vitae*“ Pauls VI. kulminierte in Deutschland jedenfalls auf dem Essener Katholikentag von 1968. Nicht zuletzt in Folge der verbreiteten Unruhe

auch in kirchlichen Kernschichten verständigte man sich dann relativ schnell auf die Abhaltung der „Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland“, nach ihrem Tagungsort meist als „Würzburger Synode“ bezeichnet. Bei dieser Synode, die zwischen 1971 und 1975 tagte, waren alle großen Gruppen innerhalb der Kirche durch Repräsentanten vertreten, die deutschen Bischöfen waren „normale“ Synodenmitglieder. Die Synodenbeschlüsse mussten von ihnen jedoch für ihre jeweiligen Diözesen formell in Kraft gesetzt werden.

Dass sich nach einigen innerkirchlich verhältnismäßig ruhigen Jahren im deutschen Sprachraum die nächste Protestwelle als Theologenprotest artikulierte, ist kein Zufall: Die wissenschaftliche Theologie hat in Deutschland wie auch in Österreich aufgrund ihrer Präsenz an staatlichen Universitäten eine traditionell starke Stellung und ein entsprechendes Eigengewicht. Aufgrund dieser Gegebenheit musste es angesichts der sehr selbstbewussten Ausübung des päpstlichen Lehramts durch den seit Oktober 1978 amtierenden Papst Johannes Paul II. und dem damit verbundenen Anspruch gegenüber der Theologie bei entsprechendem Anlass zu Kollisionen kommen.

Anlass für die „Kölner Erklärung“ vom Jänner 1989 waren dann auch der römische Umgang mit dem „Nihil obstat“ für Theologieprofessoren und der übersteigerte lehramtliche Anspruch in päpstlichen Äußerungen zum Reizthema Geburtenregelung. Dazu kamen noch umstrittene Bischofsnennungen durch Johannes Paul II., die in verschiedenen Ländern gegen den Widerstand der Ortskirchen erfolgt waren. Die Theologen begründeten ihren Protest mit ihrer Pflicht, „öffentlich Kritik zu üben, wenn das kirchliche Amt seine Macht falsch gebraucht, so dass es in

Weiterführende Literatur:

„Wir sind Kirche“. Das Kirchenvolks- Begehren in der Diskussion, Freiburg i. Br. 1995 (Sammlung von kurzen Beiträgen aus Anlass des Kirchenvolksbegehrens in Österreich und Deutschland);

Sabine Demel / Hanspeter Heinz / Christian Pöpperl: „Löscht den Geist nicht aus“. Synodale Prozesse in deutschen Diözesen, Freiburg i. Br. 2005. (Analyse der synodalen Folgeveranstaltungen der Würzburger Synode);

Judith Könemann / Thomas Schüller (Hg.): Das Memorandum. Die Positionen im Für und Wider, Freiburg i. Br. 2011 (Diskussionsband zum „Theologenmemorandum“ von 2011).

Widerspruch zu seinen Zielen gerät, die Schritte zur Ökumene gefährdet und die Öffnung des Konzils zurüchnimmt.“⁵.

Schon wenige Jahre nach der „Kölner Erklärung“ kam es zuerst in Österreich und dann auch in Deutschland zum „Kirchenvolks-Begehren“, das wesentlich weitere Kreise zog und auch von vornherein nicht als Protestaktion einer einzelnen Gruppe angelegt war. In Österreich wurden rund eine halbe Million Unterschriften für das „Kirchenvolks-Begehren“ gesammelt, was etwa acht Prozent der Katholiken im Land entspricht; in Deutschland unterschrieben etwa 1,5 Millionen Katholiken den entsprechenden Text. Dass in Österreich eine weit stärkere Mobilisierung gelang, hat damit zu tun, dass Vorgänge um österreichische Bischöfe der unmittelbare Auslöser waren, nicht zuletzt der „Fall Groër“. In Deutschland fehlte ein entsprechend aktueller Ansatzpunkt für den Protest. Die Forderungen des „Kirchenvolks-Begehrens“ sind alles andere als überraschend, vielmehr nehmen sie Gravamina auf, die seit der Zäsur Zweites Vatikanum jedenfalls vielerorts in Europa geläufig sind, von der Mitsprache der Ortskirchen bei Bischofsnennungen über die Abschaffung des Pflichtzölibats bis hin zu Veränderungen in der katholischen Sexualmoral, etwa in der Bewertung von Homosexualität.

Das „Missbrauchs Jahr“ 2010 führte im deutschsprachigen Raum ebenso zu einer Protestreaktion, und zwar wieder in Form einer Erklärung von Theologen. Das „Memorandum“, mit dem sich über Universitätstheologen hinaus auch Pfarrer und Religionslehrer solidarisierten, bezieht sich

ausdrücklich auf den von den deutschen Bischöfen bei ihrer Herbstvollversammlung 2010 ins Leben gerufenen Dialogprozess und fordert die Kirche dazu auf, verknöcherte Strukturen aufzubrechen, um „neue Lebenskraft und Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen“⁶. In der Diskussion um das Memorandum wurde bezeichnender Weise nicht selten angemerkt, die Theologen hätten es in ihrem Text unterlassen, die doch eigentlich brennende „Gotteskrise“ anzusprechen und damit das Übel bei der Wurzel zu packen.

2 Schlussfolgerungen

Damit ist ein springender Punkt im Zusammenhang des Themas innerkirchlichen Protests benannt: Auch das Zweite Vatikanische Konzil hat keines seiner Dokumente ausdrücklich der Gottesfrage im Horizont der Moderne gewidmet, obwohl die entsprechende Herausforderung schon seinerzeit durchaus bestand. Es hat sich vielmehr auf die Kirche „ad intra“ wie „ad extra“ konzentriert, da es hier besonders dringlichen Handlungsbedarf gab. Obwohl eindrucksvolle religiöse Großinstitution, hatte sich die römisch-katholische Kirche gleichzeitig durch ein verengtes Verständnis von Tradition und Identität in eine Sackgasse manövriert. Zumindest ansatzweise hat das Konzil in mancher Hinsicht diese Sackgasse geöffnet und die Kirche damit dem Risiko kontroverser Debatten ausgesetzt.

Innerkirchliche Protestbewegungen waren und sind grundsätzlich ein unvermeidlicher Bestandteil dieses Verände-

⁵ Wider die Entmündigung – für eine offene Katholizität. Kölner Erklärung katholischer Theologieprofessorinnen und Theologieprofessoren vom Dreikönigsfest 6.1.1989, 4; http://www.wir-sind-kirche.de/files/90_kolnerkl.pdf (Stand: 24.02.2012).

⁶ <http://www.memorandum-freiheit.de/> (Stand 24.02.2012).

rungsprozesses. Es gibt für sie kein ein für allemal festgelegtes Regelwerk; sie greifen legitimer Weise auf Methoden zurück, die in der demokratischen Protestkultur der Gegenwart gebräuchlich sind. Der innerkirchliche Protest ist ein Zeichen von Lebendigkeit einer vielgestaltigen Kirche und muss im Übrigen nicht folgenlos sein: So hat die „Kölner Erklärung“ zur Einrichtung der regelmäßigen „Mainzer Gespräche“ zwischen Theologen und Bischöfen des deutschsprachigen Raums geführt. Protest sollte den in der Kirche Verantwortlichen also zu denken geben; er ersetzt allerdings nicht geregelte Wege der Entscheidungsfindung. Das bevorstehende

Konzilsjubiläum könnte ein guter Anlass dafür sein, eine ehrliche Bilanz innerkirchlicher Protestbewegungen in der Zeit seit dem Zweiten Vatikanum zu ziehen.

Der Autor: *Dr. Ulrich Ruh, Jahrgang 1950; 1974–1979 Assistent bei Karl Lehmann; seit 1979 in der Redaktion der Herder Korrespondenz; seit 1991 deren Chefredakteur. Veröffentlichungen: Handwörterbuch religiöser Gegenwartsfragen, Freiburg i. Br. 1986; Religion und Kirche in der Bundesrepublik Deutschland, München 1990; Der Weltkatechismus, Freiburg 1993; Das Jesusbuch des Papstes, Freiburg i. Br. 2008.*